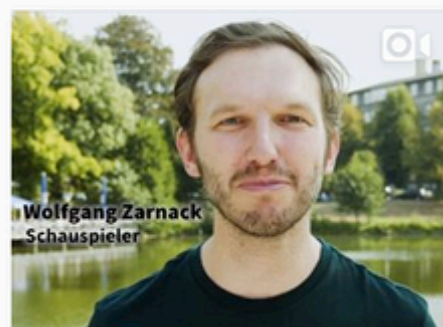


Aus: **Ausgabe vom 19.09.2018**, Seite 3 / Schwerpunkt

Per Mausklick engagieren

Debatte. Das Internet und der Mitmachcharakter spielen in der linken Sammlungsbewegung »Aufstehen« eine große Rolle

Von Andrej Hunko



Gezielt aufgebaute Scheinalternative durchbrechen: Screenshot der Instagram-Seite von »Aufstehen«

Foto: Bildschirmfoto/instagram.com/aufstehen.de/

Dokumentiert: Die Absichten

In ihrem Gründungsaufwurf hat sich die linke Sammlungsbewegung »Aufstehen« u. a. folgende Ziele gestellt:

Eine neue Friedenspolitik: Deutschland und Europa müssen unabhängiger von den USA werden. Abrüstung, Entspannung, friedlichen Interessenausgleich und zivile Konfliktverhütung fördern statt Soldaten in mörderische Kriege um Rohstoffe und Macht schicken. Die Bundeswehr als Verteidigungsarmee in eine Europäische Sicherheitsgemeinschaft einbinden, die Ost und West umfasst.

Sichere Jobs, gute Löhne, gerechte Steuern und ein erneuerter starker Sozialstaat in einer innovativen Wirtschaft: Leiharbeit, Missbrauch von Werkverträgen und Scheinselbständigkeit bekämpfen! (...) Untere und mittlere Einkommen steuerlich entlasten, große Vermögen und Konzerne stärker heranziehen, den Steuertricks durch Strafsteuern auf Finanzflüsse in Steueroasen den Boden entziehen.

Naturverträglich wirtschaften, Ressourcen schonen und die Tier- und Pflanzenwelt schützen: damit wir unseren Kindern eine intakte Natur und ein lebensfreundliches Klima hinterlassen. Saubere Luft und sauberes Wasser, Artenvielfalt und gesunde Böden sind die Basis unserer Lebensqualität.

Privatisierungen stoppen und rückgängig machen, (...) für bezahlbares Wohnen, gut ausgestattete Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen. Für eine demokratische digitale Infrastruktur statt Enteignung unserer Privatsphäre durch Facebook, Google und Co.

Exzellente Bildung für alle: frühkindliche Bildung und mehr Lehrerinnen und Lehrer für bessere Lebenschancen. Der Bildungserfolg darf keine Frage der Herkunft sein.

Demokratie retten: Wir wollen nicht von Konzernen und Banken regiert werden. Direkte Demokratie ermöglichen. Lobbyismus aufdecken und Parteispenden von Unternehmen verbieten.

Sicherheit im Alltag: mehr Personal und bessere Ausstattung von Polizei, Justiz und sozialer Arbeit; ein Strafrecht für Unternehmen statt Kapitulation des Rechtsstaats.

Ein europäisches Deutschland in einem geeinten Europa souveräner Demokratien. Die Europäische Union soll Schutz- und Gestaltungsraum sein, aber nicht Katalysator einer marktradikalen Globalisierung und der Aushöhlung von Demokratie. Europäische Politik braucht eine demokratische Legitimation.

Hilfe für Menschen in Not: Das Recht auf Asyl für Verfolgte gewährleisten, Waffenexporte in Spannungsgebiete stoppen und unfaire Handelspraktiken beenden, Kriegs- und Klimaflüchtlingen helfen, Armut, Hunger und Elendskrankheiten vor Ort bekämpfen und in den Heimatländern Perspektiven schaffen. Durch eine neue Weltwirtschaftsordnung die Lebenschancen aller Völker auf hohem Niveau und im Einklang mit den Ressourcen angleichen.

In Die Linke wird die Sammlungsbewegung »Aufstehen« weiterhin kontrovers diskutiert, jW hat verschiedene Abgeordnete und Funktionsträger der Partei gebeten, dazu Stellung zu nehmen. Andrej Hunko, europapolitischer Sprecher und Mitglied im Parteivorstand, plädiert dafür, »Aufstehen« eine Chance zu geben

Es ist viel Kritisches geschrieben worden über die Sammlungsbewegung von Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine. Eine Bewegung lasse sich nicht von oben gründen, das Gründungsdokument enthalte programmatische Leerstellen und stehe rechts vom Parteiprogramm von Die Linke, es fehle Kapitalismus- oder Imperialismuskritik. Das alles ist zweifellos berechtigt und muss weiter diskutiert werden. Dennoch: Der Stein ist ins Wasser geworfen, und die Wellen sind durchaus bemerkenswert. Es kommt jetzt darauf an, sich sinnvoll dazu aufzustellen.

Mehr als 140.000 Menschen haben in wenigen Wochen ein Internetformular ausgefüllt und bekundet, dass sie »mitmachen« wollen. Davon sind geschätzt etwa 15 Prozent Mitglieder der Partei Die Linke, mehr als fünf Prozent SPD-Mitglieder, circa ein Prozent Grüne und

etwa 0,1 Prozent AfD-Anhänger. Über drei Viertel der Unterstützer sind parteilos. Diese Zahlen sind erst einmal als Erfolg für die Initiatoren anzusehen, zielt »Aufstehen« doch mehr auf ein politisch volatiles Milieu, das sich nicht durch ein festes politisches Weltbild und durch Parteienbindung auszeichnet.

Die Repräsentationskrise und der Verlust der traditionellen Parteienbindung insbesondere mit Blick auf die internationale Sozialdemokratie haben in den letzten Jahren nicht nur den Aufstieg des Rechtspopulismus und Neofaschismus möglich gemacht, sondern auch die Bewegungen um Bernard Sanders in den USA, um Jeremy Corbyn in Großbritannien, um Jean-Luc Mélenchon in Frankreich und von Podemos in Spanien. Auch wenn keine dieser Bewegungen tatsächlich bislang Mehrheiten organisieren konnte, haben sie doch, politisch weit links von der Sozialdemokratie, in einer Breite Massen mobilisiert, wie es noch vor einigen Jahren undenkbar schien.

Diskursverschiebung

In einer solchen Situation kann eine Initiative »von oben« durchaus eine nachhaltige Bewegung auslösen, wenn sie den Nerv der Zeit trifft. Mit einer solchen Bewegung meine ich nicht nur die Sammlung einiger 10.000 Aktivistinnen und Aktivisten, die allwöchentlich gegen die neuen Polizeigesetze, gegen die rechte Hetze oder die Rodung von Wäldern zum Zweck der klimaschädlichen Braunkohleverfeuerung auf die Straßen gehen. Es geht dabei auch um die vielen Millionen, die vielleicht noch nie auf einer Demo waren und für die ein Internetklick ein Einstieg in gesellschaftliches Engagement sein kann.

Dabei spielt eine glaubwürdige und charismatische Frontperson ebenso eine Rolle wie die in ihrer Bedeutung stark gestiegenen sozialen Medien und der offene Mitmachcharakter. »Aufstehen« ist der Versuch, etwas ähnliches in Deutschland zu schaffen.

Eine positive Funktion von »Aufstehen« kann darin liegen, die gezielt aufgebaute Scheinalternative – hier (neo-)liberales Establishment, dort rechte Opposition – zu durchbrechen. Die gegenwärtige hegemoniale Verwendung der Begriffe »Populismus« und »Nationalismus«, wo es um Rassismus und Neofaschismus geht, führt dazu, gesellschaftliches Unbehagen nach rechts zu kanalisieren. Neben der notwendigen direkten Bewegung gegen rassistische Hetze, wie sie im Sommer in der beeindruckenden Initiative »Seebrücke« und in den »Ausgehetzt«-Demos stattfand, braucht es auch eine Strategie, der AfD den Boden wegzuziehen.

Insbesondere die Bewegung von Bernie Sanders in den USA hat gezeigt, dass ein links-populistischer Ansatz viel eher in der Lage ist, den Trumps dieser Welt in die Parade zu fahren, als die Position des liberalen Establishments es tut. Das gilt gleichermaßen für den US-amerikanischen »Rust Belt«, die nordenglischen Industrierüsten, die abgehängten Regionen in Ostdeutschland oder die niedergehenden Kohlestädte in NRW. Wichtig ist die Entwicklung einer linken und damit notwendigerweise humanistischen Gegenstrategie. Beispielsweise ist es ein Verdienst insbesondere der Aktivisten um Bernie Sanders, die

Ansprache und Mobilisierung der Abgehängten mit den Bewegungen für die Einbürgerung der Illegalisierten in den USA verbunden zu haben. Diese Verbindung sozialer und antirasistischer Bewegungen sollte sich auch »Aufstehen« zum Ziel machen.

Teil einer solchen Gegenstrategie ist die Verschiebung des gesellschaftlichen Diskurses. So wichtig der Kampf um eine humane Flüchtlingspolitik und gegen die militarisierte Abschottungspolitik ist, so wichtig ist es, nicht zuzulassen, dass eine Gesellschaft drei Jahre lang nahezu nur über dieses Thema diskutiert. Die eklatanten Zustände im Gesundheitssystem, in der Pflege, die wachsende Altersarmut, die steigende Wohnungsnot und die dramatischen Aufrüstungspläne verdienen eine gesellschaftliche Auseinandersetzung, die auch politisch wirkmächtig wird. Hier gibt es nach wie vor klare Mehrheiten für linke Positionen, die von der Partei Die Linke nur begrenzt bedient werden können. Ein Teil der Strategie von »Aufstehen« muss es sein, diesen Mehrheiten zum Durchbruch zu verhelfen.

Im Unterschied zu den bisherigen Gesprächen über mögliche »rot-rot-grüne« Koalitionen ist »Aufstehen« weit weniger ein Hinterzimmer- und Funktionärsprojekt, sondern sucht neben parteilosen Anhängerinnen und Anhängern der drei Parteien entlang konkreter Kampagnen zu mobilisieren. Von den Apparaten der drei Parteien, insbesondere dem der SPD, wird die Sammlungsbewegung mit teilweise bemerkenswerter Aggressivität abgelehnt. Programmatisch steht die Gründungserklärung dem Parteiprogramm und der Praxis der Linkspartei deutlich näher als etwa der SPD oder den Grünen. Auch wenn es im Vergleich zum Linke-Programm erhebliche Leerstellen gibt und die Forderungen weniger weitgehend sind, könnte man sich entspannen, da die Richtung stimmt. Der inhaltliche Druck auf SPD und Grüne ist erheblich höher.

Spaltung der Partei?

Ich stand den bisherigen »rot-rot-grünen« Gesprächen distanziert gegenüber, da sie meist darauf hinausliefen, das Programm der Linkspartei – insbesondere in der Außen-, Europa- und Friedenspolitik – zu schleifen, parteiintern entsprechend Mehrheiten zu verschieben, um am Ende geräuschlos mitregieren zu können. »Aufstehen« zielt eher auf die gesellschaftlichen Voraussetzungen möglicher linker Regierungskonstellationen in der Zukunft. Wenn das, was in dem Gründungsaufruf steht, auch nur halbwegs in einer Regierung durchgesetzt werden könnte, wäre das ein erheblicher Fortschritt. Bemerkenswert ist auch die heftige Reaktion auf die (wenigen) außenpolitischen Aussagen der »Aufstehen«-Befürworter, die eine Abkehr vom Eskalationskurs gegenüber Russland fordern. Ich halte das für eine fundamentale Frage, die schon fast Staatsräson-Charakter hat und die die Grundlage für das gigantische Aufrüstungsprogramm der jüngeren Geschichte bildet. An diesem Punkt ist »Aufstehen« viel mehr Opposition als alle bisherigen »rot-rot-grünen« Projekte und möglicherweise auch mehr Opposition als die Linkspartei selbst.

Ein häufig vorgetragenes Argument gegen die Sammlungsbewegung sind ein möglicher eigenständiger Wahlantritt und die damit verbundene Spaltungsgefahr der Partei Die Linke. Hier muss erst mal festgehalten werden, dass die Etablierung einer Partei in Deutschland links von der SPD mit einer Zustimmung von circa zehn Prozent der Bevölkerung eine

historische Errungenschaft ist, die nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden darf. In den meisten europäischen Ländern ist die parteipolitische Lage erheblich düsterer. Vor dem Hintergrund der dramatischen Erosion der Sozialdemokratie und dem Aufstieg der AfD kann man sich allerdings nicht damit zufriedengeben.

In der Tat wurde »Aufstehen« nur von kleinen, aber prominenten Teilen der Partei ohne Einbeziehung und gegen den Widerstand der Parteispitze ins Leben gerufen. Manches Porzellan ist zerbrochen. All das ist jedoch in dem Augenblick vergossene Milch, in dem »Aufstehen« tatsächlich wirkmächtig wird. Ob es dann aber tatsächlich zur Spaltungsgefahr kommt, hängt von verschiedenen Faktoren ab, von der Dynamik der Bewegung selbst, von der Klugheit der handelnden Akteure und der Parteiführung, auch von internationalen Entwicklungen, etwa den linken Formierungsprozessen auf europäischer Ebene. Der Distanzierungsbeschluss des Parteivorstandes ist aus meiner Sicht wenig hilfreich, deshalb habe ich dagegengestimmt. Im Idealfall könnte »Aufstehen« komplementär zur Parteientwicklung wirken, ähnlich wie das bei der Corbyn tragenden Bewegung »Momentum« der Fall ist.

Mit dieser Perspektive plädiere ich als Mitglied des Parteivorstandes zumindest für eine kritisch-konstruktive Offenheit gegenüber der Sammlungsbewegung. Jeder Versuch, die gesamtgesellschaftliche Entwicklung nach links zu verschieben und damit zu rehumanisieren, verdient Unterstützung. Die konkreten Bedingungen und Verhaltensweisen kann man sich nicht immer aussuchen. Die Aufgabe ist jedoch zu wichtig, um mich vom Unbehagen an der einen oder anderen Stelle leiten zu lassen. »Aufstehen« beinhaltet sowohl Risiko als auch Chance – wie das Leben selbst. Es gilt, die Chance zu ergreifen und gleichzeitig das Risiko zu minimieren.

